

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

203 (2.9.1919)

Die Unabhängigen in der gelben Internationale.

* Karlsruhe, 2. September.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern hat die U.S.B. vor die Entscheidung gestellt, endlich auszusprechen, ob sie ein sozialdemokratisches oder ein kommunistisches Programm verfolgen will. Halle, Gotha, Leipzig und eine Reihe anderer Parteibücherei haben nach Luzern verlannt, daß die U.S.B. sofort und endgültig mit der zweiten Internationale in Brüssel-Amsterdam bricht und sich zur Moskauer Internationale bekennt. Aus durchsichtigen Gründen wehren Karl Kautsky und Arthur Crispian dieses Drängen ab und suchen die Entscheidung bis zum Genfer Internationalen sozialistischen Kongreß im Februar 1919 hinauszuzögern. Aber wir glauben keineswegs, daß sich so nach dem Belieben der U.S.B. notwendige und einfache Entwicklungen für 6 Monate zum Stillstand bringen lassen.

Die den Eintritt der U.S.B. in die Moskauer Internationale befürworteten gehen davon aus, daß diese Partei sich grundsätzlich zur Diktatur des Proletariats durch das Räte-System bekennt. Für eine solche Partei sei in der „gelben Internationale“, wie sie in Luzern wieder einmal getagt habe, kein Raum; denn dies sei eine Internationale der opportunistischen Ahrate der sozialistischen Reform des Zusammenschlusses aller sozialistischen Parteien, also ein Widerspruch in sich. So kann man es sehr schön in einer Resolution des U.S.B.-Bereins von Halle lesen. Gefordert wird ein sofortiger außerordentlicher Parteitag zwecks Anschluß an die Moskauer Internationale.

Demgegenüber wendet Kautsky treffend ein, daß die Moskauer Internationale die Unabhängigen nicht haben wolle. Stellt doch Lenin die U.S.B. noch unter die Scheidenwämmer! Eine maßgebliche Meinungsäußerung der „Bravada“ nennt Kautsky einen Judas und beschuldigt die Unabhängigen, daß sie sich in feiger Servilität gegenüber der Ententebourgeoisie mit einem Halskettchen auf den Lippen dazu drängen, die Stiefel der französischen Generale zu lecken und das Todesurteil für die deutsche Arbeiterklasse zu unterzeichnen. „Die Welt hat nie einen feigeren Verrat an der Sache des Proletariats und der Menschlichkeit gesehen.“ Für den, der an die Weltrevolution glaubt, ist in der Tat das Unterzeichnen des Verlaßlicher Friedens und nun gar die voreilige Propaganda dafür der Gipfelpunkt der Verräterei und Niedertracht.

Aber ebensovienig wie die U.S.B. Aufnahme in die Moskauer Internationale finden kann, ebenso wenig kann sie in der zweiten Internationale bleiben. Sie erklärt ja selbst, daß sie unter keinen Umständen mit den Rechtssozialisten in einer Internationale bleiben könne. Aber wenn sie mit Wels und Mollenhuth nicht länger arbeiten wollen, wie können dann die Unabhängigen an einem Tisch sitzen mit Minister Vandervelde, Exminister Henderson, Exminister Brantina, in spe Minister Renaudel und all den anderen Rechtssozialisten? Als Einzige haben die Unabhängigen in Luzern gegen den Statuentwurf gestimmt, der das Räte-System statt ablehnt. Die ganze übrige Internationale hält an der Demokratie fest. Auch bei der allgemeinen politischen Resolution, die selber die Probleme nicht scharf genug herausgearbeitet, sind die Unabhängigen in der Minderheit geblieben. Die Hoffnung, die Herr Crispian in der „Freiheit“ ausspricht, daß die U.S.B. eine Internationale schaffen werde, die alle in ihrem Sinne revolutionären Kräfte vereinigt, alle anderen aber ausschließt, ist nicht einmal auf Sand — sie ist in die Luft gebaut.

Kautsky kommt dem Problem der U.S.B. in der Internationale ein wenig näher, wenn er darauf hinweist, daß diese Partei einzig in ihrer Art ist. In jedem anderen Lande der Welt gibt es nur eine sozialistische und eine kommunistische Partei. Lediglich in Deutschland steht die U.S.B. dazwischen. Weder Longuet hat sich von Renaudel, weder Mac Donats von Henderson, weder Brückner von Renner noch Trotskys von Wlegen getrennt, nur in Deutschland haben die Unabhängigen weg einer taktischen Meinungsverschiedenheit die Einheit der Arbeiterklasse getroffen. Sie haben sich auch

frampft gewweigert, diese Einigkeit wieder heraufstellen, so oft wir es ihnen auch angeboten haben. Nun müssen sie sich jetzt entscheiden, ob sie willenlos nach der Moskauer Weisung oder in einer Internationale bleiben wollen, die im Gegensatz zu den Unabhängigen ein sozialdemokratisches Programm besitzt. Traurig stellt Kautsky fest: „Eine Internationale der Unabhängigen allein ist nicht möglich, weil es nur in Deutschland Unabhängige gibt.“

In der Tat, das Glück des Besten einer U.S.B. genießen wir Deutschen allein. Die Bolschewiken wissen was sie wollen. Sie wollen rote Erde, neuen Krieg, Weltrevolution und Rätediktatur. Auch die Sozialdemokraten wissen was sie wollen; sie wollen Demokratie, entwicklungs-mäßige Sozialstruktur, Völkerverständigung und Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. Bei den Unabhängigen wollen die Kautsky, Ströbel, G., Neustrebe usw. dasselbe wie wir, die Massen in Folge der Freiheitsbewegung daselbe wie die Kommunisten. In ihrer Gesamtschau ist die U.S.B. „von den Extremen unterer Zeit ein lächerliches Gemisch.“ Sie ist für Weltrevolution, unterzeichnet aber den Verlaßlicher Frieden. Sie ist für Rätediktatur, will aber zugleich die Mäie in der neuen demokratischen Reichsverfassung verankern. Sie redet den Massen ein, daß man sofort umfassend sozialisieren könne, aber ihre Gelehrten und Volkswirtschaftler glauben selbst davon kein Wort. Einzig ist die U.S.B. nur darin, immer gegen Deutschland und die deutsche Arbeiterklasse Stellung zu nehmen und jede Brutalität des ausländischen Imperialismus gegen die deutsche Arbeiterklasse gutzuheißen. Die U.S.B. hat kein Programm, keinen Weg und kein Ziel, sondern nur Agitation und Organisation der Demagogie. Das hält auf die Dauer nicht. Verzweifelt an der Wirtschaft in der U.S.B. ist Kautsky bereits wochenlang nach Österreich gegangen. Auch den anderen alten Sozialdemokraten steht die Herrschaft der Unbildung und des Eigennutzes bis zum Hals. Nur finden sie nicht den Mut zur Entscheidung, weil sie nicht ihr altes Schimpfen auf uns Mehrheitssozialisten aufgeben möchten. Aber es hilft ihnen nichts; sie müssen sich entscheiden, ob sie Sozialdemokraten oder Kommunisten sein wollen, ob sie nach Genf oder nach Moskau gehen. Der Fickens der U.S.B. im Trüben ist zu Ende. Die Stunde der Entscheidung ist da.

Deutsches Reich.

Bourgeois-Gelder für die Unabhängigen.

Bekanntlich erheben die Unabhängigen gegen die Mehrheitssozialdemokratie immer wieder den Vorwurf, daß sie mit den bürgerlichen Parteien paktiert und so die Interessen der Arbeiterchaft an den bürgerlichen Kapitalismus verrät. Unter Rüdeler Parteiblatt berichtet über eine Versammlung, in der unter anderem die frühere Genossin Leu aus Danzig, die einst in Lübeck für den Sozialismus gewonnen wurde, zu Worte kam. Sie verurteilte in scharfster Weise die Kompromißpolitik und flagte über den schlechten Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung, die nach ihrer Meinung ein anderes Bild gezeigt hätten, wenn die Unabhängigen über eine bessere Organisation und mehr Geld verfügt hätten. In Danzig hätten sie nur ein einziges Flugblatt drucken können, und zur Bezahlung der Stimmzettel, so führte sie wörtlich aus, habe ich mir 2000 M. von den Bürgerlichen betteln müssen. Wir stimmen unserem Danziger Stuberblatt vollkommen bei, wenn es an diese Tatsache die folgenden Ausführungen knüpft: „Hat man es jemals gehört, daß die Gegner zu ihrer eigenen Bekämpfung Geld hergeben? Doch nur dann, wenn sie sich Vorteile davon versprechen. Diese Vorteile sehen sie in der gegenwertigen Bekämpfung der Arbeiter. Die Unabhängigen erhalten Geld von den Bürgerlichen um den Kampf gegen die Arbeiter, gegen die Arbeitsbrüder erfolgreich führen zu können. Das ist eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen, die die Arbeiterchaft nie vergessen darf.“

Gewalttaten von Besatzungssoldaten.

Wie das „Westdeutsche Tageblatt“ von vertraulicher Seite erzählt, ereignete sich Ende voriger Woche auf der Beller Straße in Köln bei hellem Tage ein Mordanfall

eines englischen Soldaten auf einen Polizisten. Ein deutsches Mädchen ging mit einem englischen Soldaten und einem Sergeanten über die Straße. Als die drei an einem Polizisten vorüberkamen, bemerkte das Mädchen zu seinen Begleitern, der Polizist habe es einmal wegen Verwehrs mit Engländern angezeigt. Darauf zog der Soldat seinen Revolver und schob den Polizisten kurzerhand nieder. Der Sergeant schlug den Polizisten mit seinem Seitengewehr ins Gesicht. Es gelang den Sergeanten festzunehmen, während der Mörder bisher noch nicht ermittelt ist. Trotzdem zahlreiche Zeugen des unerhörten Vorfalls vorhanden sind, dürften die Kölner Blätter diesen Mord bisher nicht veröffentlichen.

Ueber ein anderes Vorkommnis wird dem „Vorwärts“ gemeldet: Beim Siegesfest der Belgier in Krefeld verlangten die belgischen Mädchen in einem Gasthaus die Morjellaisie geliebt. Da der Kapellmeister sich weigerte, sie zu spielen, zwang man ihn mit borgehaltenem Revolver dazu. Als darauf sämtliche deutsche Gäste das Lokal verließen, warfen die Belgier mit Gläsern nach ihnen. Dies verbat sich der Koch an dem Bißfest. Deshalb schob ein belgischer Soldat nach ihm, schloß ihn, traf aber das Bißfestfräulein tödlich. Fast gleichzeitig wurde ein junger Deutscher erschossen, als er seine Schwester holen wollte, die mit einem belgischen Soldaten auf der Straße sprach. Es emittiert ein kurzer Wortwechsel, dann zog der Belgier seine Waffe und schob den jungen Mann über den Haufen.

Solche Fälle sind keine Seltenheiten. Nur bringen sie wegen der scharfen Zensur nicht in die Presse. Strafverfolgung tritt natürlich ebenfalls nicht ein wie bei den Morden, die im Saargebiet die schwarzen Franzosen aus Luft an deutschen Frauen und Mädchen berleben.

Soziale Rundschau.

Teuerungszulagen für invalide Staatsarbeiter. Vom Verband des Deutschen Verkehrspersonals (Gau Baden) wird uns geschrieben:

Nach einer in den letzten Tagen in der Presse erschienenen Notiz hat das badische Staatsministerium erkrankter Weite beschlossen, daß den Beamten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben oder bis zum 31. März 1920 vollenden werden und bis dahin um ihre Zurechtweisung nachsuchen, ihre Ruhegehälter um 10 v. H. erhöht und daneben die vollen Teuerungszulagen gewährt werden. Es handelt sich hier um eine sehr brennende Frage, die in der Öffentlichkeit volle Aufmerksamkeit verdient. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit nicht veräumen, darauf hinzuweisen, daß auch für die invaliden Staatsarbeiter und deren Hinterbliebenen in dieser Beziehung unbedingt etwas geschehen müßte. Auch dem Arbeiter, der eine Arbeitskraft dem Staat zur Verfügung gestellt hat, muß es ermöglicht werden, sich im Alter einigermaßen seine Existenz zu fristen. Wie liegen aber die Verhältnisse in Wirtschaft? Die Arbeiterverversicherungs-Gesetzgebung trägt den heutigen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung, und ist der Arbeiter deshalb gezwungen zu arbeiten bis er zusammenbricht, wenn er sich nicht der Gefahr ausweichen will, langsam zu verhungern. Für den Staatsarbeiter sind die Verhältnisse trotz Zusatzversicherung nicht viel besser gelagert und bleibt ihm daher nichts anderes übrig, als durch Unterhaltungsgehälter an seine Dienstbehörde der allergrößten Not zu steuern, wenn er nicht völlig der Armenbehörde zur Last fallen will. Dieser Zustand ist jedoch auf die Dauer einfach unhaltbar und wäre es unbedingt an der Zeit, daß Regierung und Landtag zu dieser Frage positive Stellung nehmen und den Staatsarbeitern und deren Hinterbliebenen zu ihren Renten nennenswerte Zuschüsse gewähren. Der Verband des Deutschen Verkehrspersonals hat wiederholt diesbezügliche Eingaben an die Generaldirektion der Bad. Staatsbahnen und das Ministerium gerichtet. Wohl hat man keine Zulagen von 8 M. bzw. 4 M. pro Monat gewährt. Aber damit kann der grohen Kot in der sich die pensionierten Arbeiter und deren Hinterbliebenen befinden, in keiner Weise wirkungsvoll gesteuert werden.

Der Zweck dieser Zeilen soll sein, die in Frage kommenden Behörden und die Öffentlichkeit auf die unbedingte Pflicht hinzuweisen den Armen unter den Armen zu helfen und sie nicht einfach ihrem Schicksam zu überlassen. Hoffentlich erfüllen sie ihren Zweck.

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

60 Nachdruck verboten

Der Förster lachte. „Ich lerne meine Vögel! Frischheiten legen sie auf den Aedern, die Galunken, hat sich neulich mein bester Hund drin gefangen. Doch der Wolf sie fressen! Ich werde einmal ihre Gärten distillieren — bei dem groß-schnauzigen Rheinländer zuerst — möcht' ich doch wetten, daß da Galunken sind, die Wasse! Glauben der Herr Vikar.“ — er blinzelte — „daß man darum kurzen Prozeß mit ihnen machen dürfte? Der Herr Vikar könnten uns raten, wir würden dem Herrn Vikar sehr dankbar sein!“

Frelikowski hoffte, so das Gespräch von der Giotka abzu- bringen, oder der Vikar ging auf den Grund: was hatte das Weib getan, daß es hinausgeworfen ward?!

Man hörte jetzt in der schnell sinkenden Dämmerung, wie sie sich jammernd und schimpfend davon machte.

Zum Teufel, wenn der Herr Vikar es denn wissen wollte — Frelikowski hatte sich wiedergefunden, brutal stellte er sich auf — ja, wenn er es selber wüßte! Eingebeten war er eben hier, ganz harmlos, da war ihm die Gere an den Hals gesprungen wie eine Kage, hatte geäußert: „mein Geld, mein Geld!“ und hatte ihn wütend dabei getraut. Ge, war's nicht so gewesen?!

Mit seinen kalten Augen sah er sich scharf im Kreise um; da nickten sie alle: ja, ja, so war's gewesen?

„Gimdelhut“ hatte sie ihn geschimpft, „Spitzbube!“ Und das sollte er sich gefallen lassen?!

„Hier, Hochwürden, hier.“ — er schlug auf seine Brust — „hier künden die Grenzzeichen meinen Kopf! Ich habe gebietet! Ich werde mich von so einer Sau doch nicht „Spitzbube“ kimpfen lassen?! Sie hat wohl gekümmert oder war betrunken, die Giotka, oder —!“ Er hielt an und sah sich um, als traue er sich nicht recht, und sprach dann leiser, mit lächelnden Lippen: „Sie spricht, der Niemezger habe gesagt, daß er mir Geld für sie gegeben habe — der Donnerstein soll mich erschlagen, wenn dem so ist! Ich denke, der Niemezger wird wohl gelogen, aber nein, ich will's nicht gelogen haben!“ Noch hielt er sich selber den Mund zu. „Das wissen doch der Herr Vikar am besten, wer nicht den rechten Glauben hat, der —“

Er brach wieder ab und suchte die Augen

Freistruht nicht der Gefährliche, er hatte gar nicht recht zugehört. Sein Bild hatte die Wirkstoffe durchdringt, unter deren Eingang er jetzt stand; der widrige Dunst von Hustel und Tabak, der ihm entgegenströmte, machte ihm Unbehagen, aber er zwang sich, zu bleiben.

„Gefährliche“ sprach er mit leiser und doch eindringlicher Stimme, indem er jeden einzelnen besonders ins Auge sah, „es ist nicht sein, wenn ein Bruder und eine Schwester miteinander streiten. Seit einig — um zu streiten gegen die — so nicht von den Euren sind!“ Er sprach ein wenig flüchtig, ein Gedanke war ihm erst jetzt gekommen, plötzlich, beim Anblick der erdichten Gesichter; nun nickte er ihn aus.

Kaiser, stehender sprach er weiter: „Ihr habt gehört, was der Frelikowski gesprochen hat: „so jemand nicht den rechten Glauben hat.“ Am nächsten Sonntag werde ich euch eingehend von jenen sagen, die nicht den rechten Glauben haben, heute aber schon sage ich euch: Hütet euch!“ Er sprach das „Hütet euch“ plötzlich ganz stark, so daß auch diejenigen, die verächtlich die Ader spieckten und die Lippen hatten hängen lassen, aufmerkten.

„Hütet euch vor den Wölfen, die in Schafskleidern zu euch kommen, vor den Vögeln, die eine heilsame Stimme haben und euch mit Versprechungen locken! Ihre Versprechungen halten sie nicht, sie sagen: sie wollen euch wohl, aber — hört!“ Die Stimme dämpfend, flüsterle er ganz leise, als raume er, selber einschredend ihnen etwas Entsetzliches zu: „Man droht euch euren Mäuden! Man droht euch euer Vaterland! Eure Kinder sollen nicht polnisch mehr sprechen! Ihre Mutterbrache werden sie verkern! Ihr werdet eure Kinder nicht mehr verstehen, und eure Kinder werden euch nicht mehr verstehen!“

Er machte eine Pause, und als sie ihn alle verdutzt anstarrten, erhob er laut die Stimme wie zu einem Schrei, während leidenschaftliches Rot seine bleichen Wangen überlommte: „Polnische Wölfe — polnische Mütter vor allem! — wollt ihr das leiden?!“

„Wia frem!“ Einer, der noch ein wenig beller war, fluchte. Die Kinder sollten nicht mehr polnisch sprechen? Ei, das wäre, was sollten sie denn sprechen?!

„Deutsch, du Feil!“ brüllte der Inspektor, der auch noch zugegen war, und stampfte mit dem schweren Stiefel auf. „Deutsch! Nur deutsch werden sie sprechen — „evangelisch“, wenn du das besser verstehst! Ein Hundstößel, wer das zuckst!“

„Guffa, kommt mir einer unter die Finger aus der deutschen Schule“, drohte Frelikowski, „der soll mich kennen lernen! Ich hänge ihn an den nächsten Baum!“ Sein letzter Blick suchte unter den Leuten: „Frytag, hastest du gestern nicht einen Saaten im Kartoffelack? Ein zweites Mal lasse ich dich nicht durchschlüpfen! Und du, Stroz, — der Nachwächter machte sich noch kleiner, als er so schon war —, dir sage ich, wenn deine Entsetzlicher noch einmal Neffia sucht und frickt dabei Neffe ab, so werd' ich der Stute eins auf den Hintern geben, daß er für morgen wird blau sein!“

„Kommt einer zu mir und fragt um Arbeit, der seine Kinder deutsch wreden läßt.“ Wäre der Inspektor, „der wird sich äneiden! Ich habe keine Arbeit für solches Rod! Nicht zje Polka!“

„Nicht zje Polka!“ Sie lächerten es alle nach.

Literatur.

Ueber Aufgabe und Sinn einer Volkshochschule schreibt im letzten Heft der Volkshochschulblätter Ernst Hönig einen ganz ausgezeichneten Aufsatz: „Erleben, der Weg zu eigenem Stil und einer bodenständigen Bildung.“ Ausgehend von der Tatsache, daß es den Anschein hat, als solle die Volkshochschule von oben her, von den „wirklich Gebildeten“ und von den Verwaltungsbeförden gemacht und den bildungsunwürdigen Arbeitern und Würgern gewissermaßen „gepflegt“ werden, kommt der Verfasser zu der Forderung, die Volkshochschule solle aus dem Bedürfnis derer wachsen und von denen gestaltet werden, die sie brauchen. Die Arbeit, die als Flugdrift Massenverbreitung finden sollte, beschränkt sich dann ausschließlich mit den „Programmvorstellungen“ und Ideen zu einer zweckbewußten, erfolgreicheren Gestaltung der Volkshochschulen, auf die hier wegen Raummangels nicht näher eingegangen werden kann, die aber von allen den Personen und Stellen, die sich mit der Frage der Errichtung von Durchführung von Volkshochschule und irgendwie beschäftigen müssen, gelesen und beachtet werden sollten. In demselben August-Heft dieser gut geleiteten Zeitschrift (Verlag Alwin Hübbe, Dresden) befinden sich noch Beiträge von Robert Albert Dresden, der über die von ihm im Leben gerufene „Rebelschule für Arbeiter“ berichtet und von Dr. Keller-Gemmitz, der Zeitschrift für einen „Landesverband sächsischer Volkshochschulen“ veröffentlicht usw.

Reien und Bilder. Monatshefte für Volkswirtschaftslehre, Staatsbürgerkunde, Geschichte und Geographie. 16. Jahrgang 1919/20, Heft 1. Preis halbjährlich 6 M. Franck'sche Verlags- handlung, Stuttgart.

Unter
ber
Abend
Statt
dem
die
ind
so
für
schreibt:
.....
Organ
sämlich
liche
beser
an der
Wunde
rungen
war
be
heute
gibt
über
über
solle,
man
sieben
täter
Berant
Beide
Tagli
zu
den
daß
dem
ein
dem
.....
dem
an die
und
Ber
d
ander
daß
die
james
Offenb
die
aus
aus
unser
wären
machen
folgen
Wenn
weit
geh
minister
Lagblatt
die
obachtet
sagt, voll
immer
gelben
er
sich
sicher
zudem
g
rafferlos
heit
des
tag
in
gegen
die
konnte,
die
publiken
Umstände
der
Ente
es
für
in
sig
gang
kampf
nun
kannte,
die
eine
Ver
ter
iprid
Parteien
ausgewo
.....
The
Wäffeld
Der
enden
am
23.
Abgeord
nember
16
Städtische
Vorstellung
An
in
Kongre
Die
Vorstellung
Es
fo
Operette
Bogamit.
Die
117.007,
155.052,
Reu
Sä
Norden
Fehl.
Solorepeti
über
und
Schärdler,
sänger
Dr
im
Ball
Gefi
Amobach,
zur
Aus
Suttne
und
Generalin
giffere
Dr
und
Gug
bez
eröffn

Badische Politik.

Wohl bekomms!

Unter der Überschrift „Soll es so weiter gehen?“ geht der „Bad. Beobachter“ in seiner Ausgabe vom Samstag Abend wieder einmal mit dem „Karlsruher Tagblatt“ ins Gericht. Die Abfuhr, die das Zentrumblatt dem Karlsruher Tagblatt zuteil werden läßt, ist so prächtig und so herzerfrischend derb, daß wir sie unsern Lesern Wort für Wort wiedergeben wollen. Der „Bad. Beobachter“ schreibt:

„Es ist ein Skandal, wie das „Karlsruher Tagblatt“, ein Organ der demokratischen Partei, immer wieder in der persönlich gehässigen Art sein Gift gegen Erzberger verspricht. Sachliche Gründe hierfür vermögen wir nicht anzuerkennen. Erzberger war für das „Tagblatt“ ein rotes Tuch, als er noch nicht am verantwortlichen Stelle stand und man konnte aus dem Munde des Hauptgeschäftleiters des Blattes dann und wann Äußerungen hören, die darauf schließen ließen, daß sein Herz voll war von Haß und Verachtung gegen den Mann, dem wir es heute tatsächlich verdanken, daß es noch ein deutsches Reich gibt und wir in Karlsruhe nicht unter der Herrschaft der Franzosen stehen. Bei uns und vielen andern hat die anmaßende überhebliche Art, wie von jener Seite schriftlich und mündlich über Erzberger, mochte er auch tun und lassen, was er immer wollte, geurteilt wurde, nur Elend und Abscheu erregt. Mühsam hat man sich doch immer gefragt: Wie wäre es denn, wenn der siebenmalige des „Karlsruher Tagblattes“ an verantwortlicher Stelle — nicht in „Karlsruher Tagblatt“ — dort keine Verantwortung ein unbelasteter Begriff zu sein — sondern im Reich stände? Wer allerdings die politischen Ansichten des „Tagblattes“ verfolgt, der muß erkennen, daß dort kein Grund zu solcher Annahme und solchem Dünkel vorhanden ist; wer den dafür Verantwortlichen kennt, wird sagen: Gott sei Dank, daß die Geschichte unseres Reiches nicht geleitet werden von einem Schauspieler, der sein Tun und Verhalten nach der Galerie einschätzt und so leicht in die Gefahr kommt, die Welt des Reichs mit der des Scheins und des Intrigantentums auf der Bühne zu verwechseln.“

Soll es so weitergehen? Wir richten diese Frage an die demokratische Partei, wir richten sie auch in aller Öffentlichkeit an die demokratischen Minister Hummel und Dietrich, und Staatsrat Dr. Haas. Wir nehmen an, daß diese Herren Wert darauf legen, im Koalitionsministerium weiter mit den anderen Parteien zusammen zu arbeiten. Wir nehmen auch an, daß diese das Gebahren des „Karlsruher Tagblattes“, des Organes ihrer Partei, mißbilligen. Wir müssen aber in aller Offenheit den Herren zu verstehen geben, daß ihre Stellung und die Haltung des „Tagblattes“ unvereinbar sind. Es liegt in ihnen, hier Wandel zu schaffen, wenn sie nicht selbst die unannehmbaren Folgen dieser Zwitterstellung auf sich nehmen wollen. So wie bisher kann und darf es nicht weiter gehen! Unsere Schuld ist zu Ende! Wenn das „Karlsruher Tagblatt“ weiterhin diese Politik rein persönlicher Gehässigkeit treibt, müssen die demokratische Partei und ihre Führer einen Strich machen zwischen sich und dem „Karlsruher Tagblatt“ oder die Folgen treffen sie. Entweder oder! Das Maß ist voll!“

Wenn wir auch glauben, daß der „Bad. Beobachter“ zu weit geht, wenn er das Weiterverbleiben der Zentrumsmittler in der Regierung von der Haltung des „Karlsruher Tagblatt“ abhängig macht, — das ist doch diesem Blatte zu viel Ehre angeht —, so können wir im übrigen dem „Beobachter“ in dem, was er zur Charakteristik des „Tagblattes“ sagt, voll und ganz zustimmen. Die Verleumdung des Blattes, immer noch in der vorrevolutionären Poise des tragischen Heldens oder des Literaten aus dem Café Größewohn zu schreiben, wahren „man“ doch schon längst in das Fach des komischen Alten hinübergewechselt ist, muten manchmal geradezu grotesk an. Man weiß nicht, soll man über die Charakterlosigkeit entsetzt sein oder sich über die hanebüchene Frechheit des Blattes amüsieren, wenn man z. B. am letzten Samstag in einem Artikel solche Sätze liest wie: „Daß von einem Sieg gegen die ganze Welt für Deutschland nicht die Rede sein konnte, das ist und war für die, die über den Zaun hinwegzublicken vermochten, von jeher klar.“ Oder: „Unter diesen Umständen (nämlich die Erkenntnis, daß der Gesamtwill der Entente nur auf unsere Vernichtung gerichtet war) gab es für uns nur einen Weg, den auch wir immer als den einzig gangbaren bezeichnet haben, den einen Verteidigungskampf mit allen Mitteln durchzuführen, bis der Gegner erkannte, daß wir nicht zu vernichten wären und von sich aus eine Verständigung suchte.“ Oder wenn dasselbe Blatt weiter spricht von der „Verblendung einzelner Personen und Parteien“ die sich dann „zu der unheiligen Amerikondeckung ausgewachsen habe.“ Das Alles zu lesen in demselben

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Rückblick auf die Spielzeit des Bad. Landestheaters 1918/19.
Dem soeben erschienenen Rückblick entnehmen wir folgende Angaben: Das Spieljahr 1918/19 begann am 25. August 1918 und endete am 30. Juni 1919. Der frühere Namen Hoftheater wurde am 23. November 1918 in „Badisches Landestheater in Karlsruhe“ abgeändert. Wegen Kohlennot wurde der Betrieb von Mitte November 1918 an eingeschränkt und vom 2. Januar 1919 an in das Städtische Konzerthaus verlegt. Am 25. Mai 1919 konnten die Vorstellungen im Landestheater wieder aufgenommen werden. An Vorstellungen wurden veranstaltet: im Landestheater 143, im Konzerthaus 205, zusammen 348.
Die Sommeroperette im Konzerthaus hat am 1. Juni mit Vorstellungen ihren Betrieb aufgenommen.
Es fanden 375 Vorstellungen von Schauspielen, Opern und Operetten statt, darunter 5 Aufführungen (Simon, Prinz Bagamut, Charabdis, Meister Guido, Schwarzwaldenreich).
Die Zahl der Besucher betrug: im Landestheater Karlsruhe 117 007, im Konzerthaus Karlsruhe (ohne Sommeroperette) 155 052, im Theater in Baden-Baden 5 427.
Neu eingetreten sind: Schauspieler Gast und Schönfeld, Schauspielerin Persing, Regisseur und Sänger Norden, Sänger Math-Motta u. Scherz, Sängerin Rehl-Demmer, Sängin und Laßinger, Chor- und Solopreceptor Kusterer; im Orchester: Konzertmeister Reißer und die Musiker Wünneman, Gödel, Spud, Rami, Kraft, Schröder, Sobie, Sommer und Bitter; im Singchor: Chorleiter Dr. Meier, Chorführer Kraus und Gebhardt jr.; im Ballet: Tänzerin Herrmann (Hja).
Gestorben: Kameldiener Kreitzer, Maschinengehilfe W. Knobloch, Gardeobergehilfin Hob.
Zurückgekehrt: Domusker Rogels.
Ausgetreten: Sängerin Baumann, Kammermusiker Suttner, Hilfsmusiker Schäffer, Chorführer Hoffmann und Meyer (Maria); auf Schluß der Spielzeit scheidet aus: Generalintendant Dr. Wassermann, Dramaturg und Regisseur Dr. Roenneke, Musiker Sobie, Schauspieler Becker und Hugelmanz. Die Spielzeit 1919/20 wird am 7. September eröffnet werden.

„Karlsruher Tagblatt“, das einmal als Friedensbedingungen die Befreiung der holländischen Küste, die Freigabe sämtlicher Meerengen durch England, die Abtretung Englisch-Ostafrikas und Janzbars und 20 Milliarden Mark Kriegsschadung verlangte — als Bedingungen eines Waffenstillstandes. Man muß von Zeit zu Zeit den Herrschaften das unfaubere Brusttuch lösten, denn sie gehören auch zu den Schuldigen, mit denen das deutsche Volk noch abzurechnen hat. Es kann uns auch schließlich nur recht sein, wenn die demokratische Partei sich durch Papiere wie das „Karlsruher Tagblatt“ zu Grunde kompromittieren lassen will. Der „Bad. Beobachter“ aber mag sich beruhigen: nach Erzberger kommt wieder Scheidemann, die Sozialdemokratie an die Reihe. Wahrscheinlich aber erst nach dem Quartalswechsel.

Verbilligung der Auslandslebensmittel. Da die Gefahr besteht, daß sich ernsthafte Schwierigkeiten ergeben, wenn die zugedachte Verbilligung der Auslandslebensmittel nicht überall durchgeführt wird, hat das badische Ministerium des Innern die kommunalverbände dringend ermahnt, soweit noch nicht geschehen, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um die Zulage der Reichsregierung über die Verbilligung der Auslandslebensmittel in die Tat umzusetzen.

Kommunalpolitik.

Ein Gemeindefest für Kinder.
In Bergen in Norwegen ist eine praktische Einrichtung getroffen worden, die geeignet ist, der Schwierigkeit abzuwehren, daß die üblichen Kinovorstellungen für die Jugend ganz überwiegend ungeeignet sind. Dort hat die Stadtgemeinde in der öffentlichen Bibliothek einen etwa 200 Personen fassenden Vortragssaal für Kinovorstellungen eingerichtet, und in diesem Räume werden nun das ganze Jahr mit Ausnahme der vier Sommermonate Kinovorstellungen für Kinder veranstaltet, bei denen ein Eintrittspreis nicht erhoben wird. Die Karten werden durch die Schulen ausgeben. Bei diesen Vorstellungen werden aber nicht die üblichen haarsträubenden oder jämmerlichen Kinodramen gespielt, sondern die Spielfolgen bestehen überwiegend aus Naturfilmen, Tierfilmen und anderen lehrreichen Vorführungen, wozu noch ein unterhaltender Film, z. B. ein humoristischer Zeiden-Film, tritt. Der Gedanke hat sehr gut eingeschlagen und die Vorstellungen sind immer voll besetzt. Die Einrichtung verdient überall Beachtung und Nachahmung.

Manheim, 31. Aug. Wegen der Unsicherheit der Kohlenversorgung beschafft unsere Stadtverwaltung große Holzvorräte. 20 000 Ster Holz wurden bereits im Lande bestellt, die Bestellung von 10 000 Ster ist in Aussicht genommen; außerdem soll versucht werden, außerhalb Badens Holz anzukaufen. Endlich will man durch einen außerordentlichen Holzschlag noch etwa 5000 Ster aus den städtischen Wäldern gewinnen.

Tagung des Parteianstufes.

Berlin, 2. August. In seinem Referat über die gegenwärtige politische Lage und die Richtlinien für die Arbeit der Parteigenossen führte Gen. David weiter aus: Wir müssen den Massen auch immer und immer wieder sagen: Was politisch errungen ist, das ist heute politische Freiheit, was sie noch vor Reichswehr, als wir ein vernünftiges Wahlrecht in Preußen kämpften, niemand auch nur geahnt hat. Heute stehen Sozialdemokraten an den leitenden Stellen und nun müssen allerdings auch die Anhänger der Partei im Lande sich der Regierung gegenüber anders stellen als früher. Mit der heutzutage Opposition hat es ein Ende, Angriffe gegen die Regierung sind jetzt zugleich Angriffe gegen die in der Regierung vertretene Partei. Das bringt viele Unannehmlichkeiten mit sich. So mußte auch auf sterner Höhe Gebiet positive Arbeit geleistet werden, die stets undankbar ist, als die reine Bekämpfung. — Die Parteipresse hat dies vielfach noch nicht ganz begriffen. Die Zukunft, die vor uns liegt, ist düster. Der Winter kann uns schlimme Verhältnisse bringen. Aber wenn uns die weltgeschichtliche Aufgabe geling, zu verstehen, daß die Extreme von links und rechts, durch die alle Revolutionen der früheren Zeiten hindurch mußten, aus Ruher kommen und wenn wir damit von unserem Volke das G. H. S. fernhalten, dann werden spätere Geschlechter einst anerkennen, welches Verdienst wir uns nicht nur um unser Volk, sondern um die Menschheit erworben haben. Genosse David regte an, in vollständig geschriebenen, für die Massenverbreitung bestimmten Broschüren diese Gedanken ins Volk zu werfen.

An das Dabidische Referat schloß sich eine gründliche Aussprache. Vogel-Münchberg wandte sich gegen die Haltung der revolutionären Regierung bei der Frage der direkten Reichsteuern und fragte, ob der Vorkriegs-Einkommen in der Nationalversammlung im Einverständnis mit der Fraktion in der preussischen Landesversammlung gegeben ist. — Schlicht-Vreslau erwiderte als Mitglied der Landesversammlung, daß er davon keine Kenntnis gehabt habe und mißbilligte diesen Schritt Eitelmanns als eine Eigenmächtigkeit. Er forderte ein schnelleres Vorgehen bei der Landaustrahlung und wählte vor einem weiteren Abbau der Zwangsverwaltung. — Schlicht-Vreslau warnte auf Grund der Erfahrungen bei den oberrheinischen Landtagswahlen vor jedem Zusammengehen mit den Unabhängigen und den Kommunisten. Die einzige Folge eines solchen Zusammengehens wäre letzten Endes ein Verlöschen des Gegenüber gegen links und eine Vereinfachung der breiten Massen. Ein schnelleres Vorgehen in der Siedlungsfrage wäre gewiß wünschenswert, aber es ist einfach unmöglich, bei der Landaustrahlung der Kleinbauern sofort entgegenzukommen, daß sie sich deshalb der Sozialdemokratie anschließen. Die Partei müsse das Hauptgewicht vielmehr auf die Gewinnung der Handarbeiter legen. — Wagnand-Bremen meinte, daß auch die parteigenösslichen Minister vielfach die Fühlung mit den Massen verloren haben. Das eigenmächtige Vorgehen Eitelmanns beweist das. Gegenüber der Forderung Davids, nicht mehr zu opponieren, sondern die Regierung zu schützen, müsse verlangt werden, daß auch die Regierungsmittglieder etwas mehr Vertrauen zu den Parteigenossen haben. Nach der Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin werde das ja besser werden. Wegen der nächsten Wahlen gehe man sich gewiß in weiten Parteifreien allzustehen Besprechungen hin. Gewiß würden die Kämpfe hart werden, aber es wird schon gehen. — Klose-Peulsen legte die Zusammenhänge der nationalpolitischen und partipolitischen Bewegung bei den letzten Wahlen in Oberfranken dar und bezeichnete die Vertriebenheit, nicht die mangelhafte Förderung, als Hauptursache des Mißerfolgs.

Dreißner-Eberfeld wies auf die mangelhafte Berichterstattung über die Verhandlungen in Weimar hin und betonte weiter, daß die Partei noch viel größere Zugeständnisse von den bürgerlichen Parteien hätte erreichen können, da ohne die Sozialdemokratie keine politische Arbeit in Deutschland mehr geleistet werden könne. — Wöbe-Kassel warnte vor übertriebenen Hoffnungen in der Siedlungsfrage. Die Ausführendenbestimmungen liegen noch nicht einmal der Landesversammlung vor, so daß in diesem Herbst überhaupt nichts mehr geschehen kann. Der Kampf gegen rechts ist gewiß notwendig, aber der Kampf gegen links darf nicht vernachlässigt werden. Jedes Kompliment nach links führt ins Verderben.

Leuteris-Hamburg vermis auf die guten Erfolge der Hamburger Genossen gegen jeden politischen Streit. — **Wies-Breslau** regte eine ständige Verbindung zwischen den sozialdemokratischen Regierungsmittgliedern und der Fraktion in der Nationalversammlung und in der Landesversammlung an. Viele Schritte werden sich dann leicht vermeiden lassen. Die Gefahr von rechts darf auch nicht unterschätzt werden. — **Sträger-Berlin:** Ein erfolgreicher rückwärtslos geführter Kampf gegen links befreit die von rechts drohende Gefahr ohne weiteres. Die Unabhängigen stehen im Augenblick an einem entscheidenden Wendepunkt. Ihr linker Flügel hat sich ganz den Kommunisten verschrieben und der rechte Flügel, der das nicht mitmachen und andererseits sich uns nicht anschließen kann, schwebt in der Luft. Diesen Reinigungsprozeß können wir günstig beeinflussen, wenn wir ganz konsequent eine Politik gegen links führen und uns von dem Einigungsstimmeln freimachen.

Hermann Müller: Die Gefahr von rechts ist deshalb nicht groß, weil die deutsche Arbeiterschaft sich ein monarchisches Regiment einfach nicht gefallen lassen würde. Den Unabhängigen aber müssen wir ins Gesicht sagen, daß sie nicht den Mut haben, das zu scheinen, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Anhänger der dritten Moskauer Internationale. Das sehen die Arbeiter aber glücklicherweise in steigendem Maße ein.

Gewerkschaftliches.

Das badische Gastspiel des Kommunisten Hoffmann.
Herr Hoffmann, der Berliner Eisenbahner-Kommunist, kehrt von seinem badischen Gastspiel zurück. Nachdem er kürzlich in Karlsruhe sich eine Vorberede geholt hatte, in Mannheim unter Ausschluß der Öffentlichkeit — es waren nämlich fast gar keine Zuhörer erschienen — gepredigt hatte, tauchte er nun in Freiburg auf. Hier betätigte er sich als Diskussionsredner. Der Verband des Betriebspersonals betraufte ihn mit dem Auftrag, am Freitag, den 2. d. d. in der Gauleiter Schneider über die gegenwärtigen Verhältnisse der badischen Eisenbahner zu sprechen. Der Referent wies darauf hin, daß durch den Tarifvertrag im Frühjahr eine finanzielle Verbesserung für die Arbeiterschaft eingetreten sei. Die gleiche Verbesserung sei auf Grund des Lohnstarifes auch den Beamten durch die Ausgleichszulage zu teil geworden. Trotz dieser Erfolge seien die Eisenbahner infolge der seit Frühjahr fortgesetzten ungeheuren Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel wirtschaftlich stark zurückgefallen. Dem Bestreben des Preisabbaues fehlten die positiven Erfolge. Nicht nur an Lebensmitteln, sondern an allen Ecken und Enden in Städten und Dörfern fehlte es unter den Eisenbahnerfamilien. Es fehlte an den Mitteln für den Erwerb. Die Eisenbahner mußten sich wehren und deshalb die Forderungen der Eisenbahner. Es darf betont werden, daß die Eisenbahner nicht nur auf gewerkschaftlichem Wege die Eisenbahnerarbeit ihre wirtschaftlichen Verhältnisse heben kann und nicht auf dem Wege wie sie von den neuen Reichsregierungen, den Kommunisten und deren derzeitigen „Organisator“ Hoffmann, in Baden gepredigt werden. In der Diskussion ließ nun auch der genannte Herr Hoffmann sein Licht leuchten, er gab folgendes zum Besten: Die Gewerkschaften haben die Arbeiterschaft verraten. Die Eisenbahner müssen durch den Kommunismus eine Kampforganisation werden. Das Geld, das die Funktionäre verprassen, muß den Kampfands bilden. Lohnstarife abzuschließen sei unnötig und sei eine Schande. Preußen, Bayern und Oesterreich hätten die Räterepublik in Ungarn beigesteuert, indem sie Kosogardisten dorthin entsandt hätten. Der Staat möge das Volk aus; für jedes Pfund amerikanischen Mehl stehe der Staat 1 M ein, die er den Kosogardisten gebe. Die älteren Eisenbahner seien Schmarotzer. Die U. S. S. sei auch unzuverlässig. Nur die Betriebsorganisation der Kommunisten betreibe die Interessen der Eisenbahner.

Das war also die neue Heilsbotschaft; „Gläubige“ sind aber der Herr Hoffmann in Freiburg nicht. Kol. Fahrner, Freiburg rühte diesem Eisenbahnersteller stark auf den Leib. Auf die Frage, wo sich Hoffmann vor und während des Krieges für die Arbeiter betätigt hätte, schwieg dieser sich aus, ebenso hatte er auf die Frage, woher er seine Mittel beziehe, keine Antwort. In dem Augenblick, wo die Stadtverwaltung Freiburg eine Million für Lebensmittel bewilligte, komme dieses Berliner Licht mit seinem offensichtlichen Schwindel. Als Hoffmann ruft, er bringe den schriftlichen Beweis aus dem Reichsministerium, wird ihm zugerufen: heraus damit. Da schwieg er aber wiederum, ebenso als Fahrner, Koch, Reuber, Schneider und andere Redner seine Schwindscheln weiter feinschneideten.
Im Schlußwort stellt Gauleiter Schneider Vergleiche an, wie Hoffmann in Karlsruhe und heute in Freiburg sich selbst mit der Wahrheit in Widerspruch gestellt habe. Auf die Frage, welche von den beiden Ausführungen nun seine Lage sei, schwieg Hoffmann. Schneider wies zur Kennzeichnung der Weisheit dieses Herrn darauf hin, daß er z. B. in einem Atemzug vom Sturz der Valuta auf 25 % redete und dann behauptete, das Reich stehe für jedes Pfund amerikanischen Mehl 1 M ein. Wenn das Pfund Mehl mit Fracht 80 % kostet, die Mark aber nach Hoffmanns Ausführungen nur 25 % wert sei, so müssen 3,20 M für ein Pfund bezahlt werden. Hoffmann schwieg auch hier natürlich weiter, auch auf die Frage, wo und wer die Preußen und Bayern seien, die die ungarische Räterepublik gestützt hätten, wo und wie er die Interessen der Eisenbahner vertreten hätte. (Hoffmann dreht das Gesicht: ja sie hätten gestreift.) Auf die Frage nach Erfolge schwieg Hoffmann wiederum. Zum Schluß gab Schneider eine kleine Schlußrede, welche Charaktere bei den Streifen Hoffmanns zu Ehrenspitzen gelangen können, welchen Stumpf der „deutsche Eisenbahner“ der Öffentlichkeit angedeckt habe. — Wir meinen, Herr Hoffmann könnte es nun mit seinen Bemerkungen genug sein lassen. Die badischen Eisenbahner sind nicht auf der. Der Sprüche beirrat, sie haben genug von diesem Hoffmann. — Aufgabe der bad. Regierung aber muß sein, den Eisenbahner zu geben, was notwendig ist.

Kleine Nachrichten.

Rassenkämpfe in Amerika. Die „Times“ melden aus Washington, daß in Omungen (Georgia) infolge von Gerüchten, daß die Neger sich erhoben hätten und die Weißen anfallen wollten, eine Negerkirche von Weißen angegriffen und ein Neger in der Kirche erschossen wurde. Weiter haben die Weißen mehrere Negerkirchen und Negerküchen gestürmt. — Reuter meldet aus Knoxville (Tennessee), daß im Verlauf von Rassenkämpfen, wobei die weiße Bevölkerung das Gefängnis füllte, um einen des Mordes an einer weißen Frau angeklagten Neger herauszubolen, zwei Weiße und drei Neger getötet und eine Anzahl verwundet wurden. 16 Gefangene, darunter schwere Wörder, sind aus dem Gefängnis entwichen. Den Truppen gelang es, den Weg zu sperren.

Ein neuer Weg zur Bekämpfung des Schieberlums wird von einem „Bürger-Anschluß“ in Frankfurt a. M. bejagt. Derselbe setzt 10 Preise à 100 M aus für diejenigen, deren Anzeige es ermöglicht, die Verurteilung eines Schiebers durchzuführen. Auszahlung am Tage der rechtskräftigen Verurteilung.

Amsterdam, 2. Sept. Die „Times“ melden aus Valparaiso, daß in ganz Chile als Protest gegen die Verletzung jeglicher Arbeit ruft.

Aus dem Lande.

Bretten.

Der Bahnbau Bretten-Kirnbach wird zurzeit mit Eifer betrieben. Auf der Strecke von Knittlingen nach Dertingen arbeiten 170 Mann unter sachmännlicher Leitung, sie haben in vier Wochen über 10 000 Kubikmeter Erde bewegt. Ein 7 Meter hoher Damm ist bereits fertiggestellt. Zur Fortschaffung der Erdmasse dienen Feldbahnen.

Ettlingen.

o. Bildungsvorträge. Wie in vorangegangenen Jahren veranstaltet die Partei auch dieses Jahr wieder einen Vortragszyklus. Im ganzen finden sechs Vorträge statt, jeweils alle 14 Tage. Der erste Vortrag findet am Dienstag, den 16. September statt. Es sprechen folgende Referenten: 16. September, Dr. Kullmann, Karlsruhe über Karl Marx; 20. September, Dr. Kraus, Karlsruhe über Staatsverfassungen; 14. Oktober, Gemeinderat Ettlingen über August Bebel; 28. Oktober, Gemeinderat Ettlingen über Das Wesen der Politik; 18. November, Gen. Leppert-Ettlingen über Soziale Aufgaben im neuen Volksstaat. 2. Dezember, Gen. Handelslehrer Baas-Ettlingen über Weltwirtschaft und Welthandel.

Zur Deckung der Kosten wird für die Vorträge 1 M. erhoben. Unsere Dienerin Gen. Kistner ist im Besitze der Einzugsbescheinigung. Wir erlauben die Mitglieder der Partei und Gewerkschaften nun zahlreiche Beilegung.

Kastatt.

Krankenkassenratung. Am 28. September findet hier im Rathaus die Mitgliederversammlung der Krankenkasse des Landesverbandes der badischen Handwerker und Gewerbevereine statt.

o. Zwangsinnung für das Schmiechhandwerk. In Kastatt wurde die Errichtung einer Zwangsinnung für das Schmiechhandwerk mit 56 gegen 4 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen beschlossen.

o. Papierverwendung. In der letzten Woche gab der Kommunalverband wieder bekannt, daß kein Pflaster ausgegeben werden könne, da es nicht möglich gewesen sei, Schlachtabfälle aufzubringen. Warum werden bei uns denn noch Pflasterarbeiten ausgeführt? Das ist ja die reinste Papiervergeudung. Die Kosten dafür könnte sich die Stadt sparen!

o. Margarineverteilung. Obwohl in Kastatt das Kundensystem eingeführt ist, werden verschiedene Waren doch wieder in anderen Läden verkauft, jedoch die Hausfrauen nach wie vor in verschiedenen Stadtteilen herumlaufen müssen, um ihre wenigen Kommunalverbandsartikel kaufen zu können. In einer Bürgerversammlung hat unser Bürgermeister kürzlich bezüglich der Butterverteilung dahin Ausschluß gegeben, daß die Butter in zu kleinen Mengen hergestellt werde, um sich zur Verteilung durch die einzelnen Geschäfte zu eignen. Die vorgebrachten Gründe müssen auch wir anerkennen. Ganz anders liegt der Fall jedoch bei der Margarine, welche an die gesamte Bevölkerung auf einmal zur Verteilung kommt, und zwar nicht in der städtischen Verkaufsstelle, sondern in verschiedenen Ladengeschäften. Auf alle Fälle glauben die Mitglieder des Konsumvereins ein gutes Recht zu haben, beanspruchen zu können, daß für sie auch die Margarine im Konsumvereinsladen zur Verteilung gelangt.

o. Hinter verschlossenen Türen. Während fast in allen Städten der Gemeinderat über seine Sitzungen der Presse kurze Berichte zugehen läßt, damit die Öffentlichkeit über die hauptsächlichsten Arbeit des Gemeinderats unterrichtet ist, scheint der Kastatter Gemeinderat anfänglich darüber zu wachen, daß nur ja die Öffentlichkeit nichts von seinen weihen Beschlüssen erfährt. Aufseher wird man sich darüber ja nicht wundern, wenn man sich erinnert, was unser Bürgermeister zu dem Thema „Öffentlichkeit der Gemeinderatsitzungen“ in Ettlingen geäußert hat. Aber das kann man doch unserer Meinung nach zum mindesten verlangen, daß der Gemeinderat von Zeit zu Zeit kurze Berichte über seine Tätigkeit veröffentlicht. Mit jeder Heimlichkeit muß es jetzt ein Ende haben.

o. Kriegsgefangenenheimkehr. Ebenso wie in Karlsruhe und anderen Städten besteht auch in Kastatt ein Empfangsausschuß des roten Kreuzes für die heimkehrenden Kriegsgefangenen; ebenso wie in Karlsruhe hat auch in Kastatt das rote Kreuz den Bahnhof festlich geschmückt; ebenso wie in Karlsruhe mit schönen badischen und vielen schwarz-weiß-roten Fahnen; aber keine einzige Fahne in den Reichsfarben. Es ist wahr: der Einwand kann gemacht werden, daß von den alten deutschen Fahnen noch große Mengen vorhanden seien, daß die Fahnenfabriken bei dem Stoffmangel noch nicht so viel neue Fahnen hätten herstellen können, daß geparkt werden müsse usw. Alles richtig und wahr! Aber trotzdem behaupten wir: eine einzige schwarz-rot-goldene Fahne läßt sich doch wohl aufreiben lassen, damit die heimkehrenden Kriegsgefangenen auch durch die neuen freiheitlichen Reichsfarben begrüßt werden. Das Fehlen auch des kleinsten Stückchens schwarz-rot-goldenen Tuches muß man doch wohl auf Abseht zurückführen. Wir haben in Karlsruhe schon einmal darauf hingewiesen und bitten jetzt nochmal, das Verbot nachzugeben. Der Kind den betr. Damen und Herren rote Fahnen lieber? Die werden sie noch zu sehen bekommen, wenn sie in dem Stil weiter arbeiten.

Albern.

Oeffentliche Volksversammlung. Nächsten Donnerstag, 4. September, abends 8 Uhr findet im Saale des Gasthauses „Zum Ochsen“ eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Dr. Kraus, M. d. L. wird sprechen über „Die sozialistische Organisation der Volks- und Weltwirtschaft“. Zu der Versammlung ist die gesamte Bevölkerung, vor allem die Arbeiterklasse, eingeladen.

Aus dem Gemeinderat. Das Projekt über Entwässerung der Biesen im Ruhe wird auf Grund einer von der Kulturinspektion Offenburg mit der Gemeindevorwaltung Gumburg stattgehabten Vorbesprechung einer abermaligen Erörterung unterzogen. Wegen der Verteilung der Grundstücke auf dem Platze der ehemaligen Lombarrenfabrik am 9. ds. Mts. ist die Kulturinspektion Offenburg angucken, die Bösungsarbeiten an der Acher nach dem Projekt vom Jahre 1907 festzulegen. — Der Antrag des Gewerkschaftsrates hier auf Erhöhung der ortsbüchlichen Tagelöhne wird dem Bezirksamt befürwortend weitergegeben. — Zu Mitgliedern des Wohnungsamtes werden folgende Herren ernannt: die Gemeinderäte Eiermann, Bäuerle, Börsig, Gen. Kraus, Frz. Subert, Eit, Jos. Lott, Stöcker und Architekt Adolf Kresel. — Wegen der Abwasserleitung des Em'l Lindheimer wird, wenn die Bedingungen der Wasser- und Straßenbauinspektion eingehalten werden, nichts eingewendet.

Offenburg.

Generalversammlung des Männergesangsvereins „Germania“. Nach fünfjähriger Pause hielt der Männergesangsverein „Germania“ letzten Donnerstag in der Brauerei Mündinger seine erste Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl infolge Todesfälle und durch den Verlust von 8 Kriegspfern etwas zurückgegangen ist. Die meisten Sänger haben sich wieder in dem Verein eingefunden und sind in den Singstunden seit einigen Wochen wieder reger tätig. Nach dem Hebertritt zum Arbeiterfängerbund wird es den organisierten jangesungenen Arbeitern und Beamten zur Pflicht gemacht, dem Verein beizutreten. Wenn doch keine Partei- oder

Gewerkschaftsveranstaltung ohne Mitwirkung eines Gesangsvereins etwas Gutes leisten. Auch das gefellige Leben in der Arbeiterklasse soll durch Veranstaltung von Familienabenden wieder gehoben werden. Wir bitten deshalb die organisierte Arbeiterklasse, sich recht zahlreich in den Dienst dieser Sache zu stellen. Neben Donnerstag, abends 8 Uhr beginnend, finden im hinteren Hof der Brauerei Mündinger Gesangsproben statt. Dirigent ist der Sohn des früheren Schützenwirts Herr Musiklehrer Jung. In den Vorstand wurden gewählt: Krennberger als Kassierer und Efinger als Vorsitzender, Krennberger und Buchholz als Kassierer und Kalle und Streiff als Schriftführer. Möge es dem Verein gelingen, den Arbeitergesang in Wäld zu bringen, damit Offenburg auch auf diesem Gebiete seinen Nachbarn nicht nachsteht.

o. Feibelberg, 2. Sept. Der Besuch des Reichspräsidenten Ebert in seiner Geburtsstadt nahm einen sehr schönen Verlauf. Nach der Besichtigung der Stadt, Sammlungen bezog sich der Präsident nach seinem Geburtsort in der Pfaffenstraße, wo ihn die Einwohner feierlich begrüßten. Darauf wurde das Gewerkschaftshaus besucht und anschließend eine Rundfahrt durch die Stadt unternommen. Nach dem Besuch der Molkerei und des Schlosses reiste der Präsident nach Dresden weiter.

o. Durmerheim, 21. Aug. Eine Unverfrorenheit, die niedriger gehalten werden muß, leistete sich anlässlich der Werbeversammlung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsschädigten ein hiesiger Gemeinderat. Wohl leistete dieser Herr der an den Gemeinderat ergangenen Einladung Folge, aber nicht bis in den Versammlungssaal, sondern nur bis hinter den Ofen im Wohnzimmer. Hier wühlte er nicht besser zu tun, als auf den Referenten, der eben im Saal sprach, zu schimpfen, der sprach auch nur „um Beträge zu bekommen“ die „Macher“ wollten alle nur Geld verdienen usw. Die Werbeversammlung dieses Gemeinderats hat den Gemeinderat sogar die umfänglichen Dazern. Wir aber fragen: Welch der Gemeinderat, abgesehen von der „Niederigkeit“ seiner damit geäußerten Gesinnung im allgemeinen, daß der Referent Amputierter ist, insofern seinem geltenden Beruf entsagen mußte und nun beim Versorgungsamt Karlsruhe mit allem Fleiß für seine Lebensfolge arbeitet? Welcher der Herr Gemeinderat, daß der Referent durch seine Tätigkeit der Gemeindefürsorge durch seine Tätigkeit mittelbar schon genügt hat? Oder: Ist bei dem Herrn Gemeinderat vielleicht schon die Angst mit im Spiel, daß er, wenn einmal den Kriegsschädigten von den Gemeinden ihr Recht werden muß, eines seiner ganz einträglichen Gemeindefürsorge — er ist Waldmeister und amtlicher Prachtführer, letzteres mit Großstadtpreisen — an einen Kriegsschädigten verlieren könnte? Solch „edle Seelen“ haben ja manchmal gute „Witterung“.

Die Sturmschäden in Baden.

o. Mannheim, 2. Sept. Das Unwetter, das am Freitag in Teilen Oberbadens so schwer gehaust, hat auch in der Umgebung unserer Stadt mancherlei Schäden verursacht. So wurden in Helmstadt zwei gefüllte Scheunen des sogenannten Wasserschloßes durch Blitzschlag eingestürzt. — In Friedrichsfeld wurde bedeutende Schäden in Gärten angerichtet. Vor allem hat der Tabak sehr gelitten.

o. Offenburg, 2. Sept. Aus Murgingen wird berichtet, daß bei dem Wetter ein zehn Minuten andauernd Hageltag die bekannten Straßendächer fast vollständig vernichtet hat.

o. St. Georgen i. Elm, 2. Sept. Durch Blitzschlag wurden zwei beeherrschende Frauen schwer verletzt. Eine der Frauen, die Witwe Christiane Steiger, Mutter von 5 Kindern, erlag ihren Verletzungen.

o. Fernsprechverkehr mit der Pfalz. Die französische Besatzungsbehörde hat die Wiederaufnahme des Fernsprechverkehrs vom rheinischen Gebiet nach der Pfalz gestattet. Die Gespräche werden von einer französischen Kontrollstelle in Ludwigshafen überwacht.

o. Betriebsführung bei der Staatsbahn. Am Freitag mittag wurden auf der Strecke Krozingen-Miegel mehrere Telegraphenleitungen durch Gewitterstürme ungerissen und auf den Bahnhöfen getroffen, wodurch beide Leitungen auf die Dauer von etwa zwei Stunden gesperrt wurden. Einzelne Züge erlitten dadurch größere Verspätungen; Personen kamen nicht zu Schaden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 2. September.

An die Einwohnerschaft von Karlsruhe.

Anlässlich des badischen Sozialdemokratischen Parteitagess, der am 6. und 7. September ds. Js. in hiesiger Stadt stattfindet, werden zur Beherrschung der Delegationen eine gewisse Anzahl von Logis benötigt. Es haben sich zwar schon eine Anzahl Einwohner gemeldet, die bereit sind, Delegationen zu beherbergen; allein die bisherigen Meldungen reichen noch nicht aus, um alle Gewissen und Gewissinnen unterzubringen. Wir richten deshalb erneut an die Einwohnerschaft die Bitte, für Samstag und Sonntag gegen Entgelt zur Verfügung stehende Räume dem Gen. Franz Wehler, Rappartstr. 22, 3. St. anzumelden.

An allen sollen die Arbeiter schuld sein.

o. Es fällt in letzter Zeit auf, daß man künstlich eine Stimmung ins Volk zu tragen sucht, daß an allen Schwierigkeiten in unserem Wirtschaftsleben lediglich die Arbeiter schuld seien, weil sie so hohe Löhne verlangen. So bringt der „Badische Beobachter“ in seinem gestrigen Mitteilungsblatt folgende Notiz:

Die Lohnbewegung im Glasergewerbe hat durch einen Schlichtungsausschuß ihre Beendigung gefunden. Die Arbeitnehmer erhalten bei einer Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 47 Stunden einen Lohnzuschlag, der sich auf 30—40 Pf. in der Stunde beläuft. Außerdem hat jeder, der mindestens 1 Jahr in einem Geschäft tätig ist, Anspruch auf bezahlten Urlaub, der zwischen 3 und 8 Tagen je nach der Dauer der Beschäftigung schwankt. Diese abermalige Lohnsteigerung erfordert selbstverständlich auch eine Erhöhung der bisherigen Preise für Glasfabrikate. So wird künstlich die Tagelohnsumme auf über 4 M. zu heben kommen. Auch die Glaspreise haben eine außerordentliche Steigerung erfahren, die gegen den Preisindexpreis 1900 Prozent beträgt. Unter diesen Umständen Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise hat das Glasergewerbe besonders zu leiden und es ist zu befürchten, daß durch die neuen Steigerungen eine abermalige Verminderung der Arbeitsgelegenheit eintritt, insbesondere wird aber die gerade aus Arbeiterkreisen immer wieder gestellte Forderung auf Beschaffung billiger Wohnungen dadurch zur Unmöglichkeit gemacht.

Es sei zunächst darauf hingewiesen, daß es erst eines 10-tägigen Streiks bedurfte, um den seitherigen Stundenlohn für Facharbeiter im Glaser- und Glasergewerbe von 1.85 M. auf 2.15 M. (Mindestlohn) bzw. 2.30 M. (Durchschnittslohn) zu erhöhen. Der oben erwähnte Satz von 4 M. ist nämlich der Geleitenlohn, den der Meister

in Anrechnung bringt und man sieht, daß die Meister sehr gut zu rechnen verstehen. Er muß ja für seine Auslagen und Unkosten, Versicherungsbeiträge usw., gewisse Zuschläge machen. Ob es aber gerechtfertigt ist, das Doppelte in Ansatz zu bringen, was dem Gesellen bezahlt wird, kann man füglich in Frage stellen. Und wenn bei einem Satz von 4 M. Geleitenlohn in der Tat auch große Schwierigkeiten für Bauunternehmer und andere Leute, die etwas machen lassen wollen, entstehen, so sind hieran die Meister nicht schuld, wie die Gesellen.

Der Facharbeiter im Glaser- und Glasergewerbe stellt sich nach der Neuregelung auf einen Tagelohn von mindestens 14.80 M. bzw. Durchschnittslohn von 17.20 M. und im Hinblick auf die wahren Bedürfnisse für Lebensmittel und alle Gegenstände des täglichen Gebrauchs muß der Arbeiter das mindestens haben, um das Leben zu fristen. Er kann sich dabei nicht mal einen Anzug für 6—800 M. kaufen und muß in den alten Lumpen herumlaufen.

Der „Beobachter“, der angeblich doch für Arbeiterinteressen eintreten will, hätte belagter Notiz, die eine ausgesprochen arbeitserfreundliche Tendenz hat, die Aufnahme vorschlagen sollen, die von Unternehmerseite in die Öffentlichkeit lanziert wurde, um die Verantwortung für alle Schwierigkeiten auf die Arbeiter abzuwälzen, die wohl am wenigsten Schuld für die jetzigen Verhältnisse tragen. Sie gehören nicht zu den Kriegsgewinnlern wie die Unternehmer im Glaser- und Glasergewerbe, die sich in letzter Zeit auf die Möbelfabrikation geworfen haben und ungeheure Gewinne machen.

Ferienpausiergang.

Heute Dienstag findet wiederum ein Ferienpausiergang der Kinder statt. Zusammenkunft an den bekannten Sammelstellen. Die Gruppe „Ettlingen“ befindet heute am Sammelstelle den Stadtpark (Eingang Ettlingerstraße).

o. Quittung. Zur Unterstützung der Ferienpausiergänge sind ferner eingegangen: Eberberger 10 M., Herr 2 M., Wärmelade, Herbold d. Markt u. Heizer 10 M., Eisenbahnverband 30 M., Glaserverein „Vorwärts“ 20 M., Warenhaus Tieg 50 M., Firma Wolf u. Sohn 50 M., Goldwälder Knopf 20 M., G. Heißhof 20 M., G. Gagenauer 5 M., Bäckerei Umbruster 5 M., W. Wölbner 3 M., Etha u. Worniger 10 M., Fuchs u. Etha 20 M., Oskar Sicking 10 M., Werkzeugfab. Scherer 10 M., Gen. Schwall 2 M., Gen. Klinge 2 M., Gen. Sigmund 5 M., Fr. Schürer 5 M., Fr. Schön 1 M., Frau E. R. a. R. 2 M., Genosse M. 2 M., wofür dankend quittiert.

S. A. Fr. Stoll.

o. Sozialdemokratischer Verein. Mittwoch, 3. Sept. abends 8 Uhr, in der „Krone“ Vertrauensmännerversammlung. Genosse O. Trinks, M. d. L., spricht über das Betriebsrätegesetz. — Donnerstag, 4. Sept. abends 8 Uhr, in der „Krone“ Frauenversammlung (siehe Inserat). Beide Veranstaltungen erfordern vollständiges Erscheinen.

o. Hausangehörige! Kommt heute abend alle in die Versammlung in der „Gold. Krone“ (Ede Amalien- und Douglasstraße). Die Frage: „Warum hat der Tarifvertrag für die Putz-, Wasch- und Monatsfrauen noch keine Gültigkeit erreicht?“ stellt auch alle interessierten, darüber wird in der Versammlung verhandelt.

o. Verminderte Leistung oder nicht. Ein alter Eisenbahner titelt und betreibt des Artikels in Nr. 199 ungerichtet vom Arbeiterausschuß der Hauptwerkstätte folgendes aufzunehmen:

Was der betreffende Arbeiterausschuß in dem Artikel berichtet hat, muß voll und ganz anerkannt werden, nur möchte ich noch einige Punkte erwähnen, die ich dabei bemerke. Erstens hat die Direktion der Eisenbahn die besten Wagen sowie Lokomotiven an die Entente abgeben müssen. Der übrige Teil, der noch vorhanden ist, ist derzeit reparaturbedürftig, daß die Herstellung längere Zeit in Anspruch nimmt. Dann kommt auch noch in Betracht, daß der Mangel an Material und Werkzeugen sowie die Entlohnung der vielen neu eingestellten Leute die Arbeitsleistung nicht auf die Höhe bringen lassen, wie sie sein sollte. Daß es einzelne Leute gibt, die sich auf Kosten Anderer durchschlagen lassen, muß zugegeben werden. Aber solche Elemente waren auch vor dem Kriege schon vorhanden und werden auch in Zukunft noch vorhanden sein. Deshalb braucht man nicht die Eisenbahnarbeiter im allgemeinen als Faulenzer hinzustellen. Wir alten Eisenbahnarbeiter mühten einen solchen Vorwurf ganz energisch zurückzuweisen. Infolge der fortwährenden Steigerung der Lebensmittel, Kleider und Schuhe sowie der Mietzinsen wäre zunächst einmal der Lohn des Eisenbahnarbeiters mit den Privatgelehrten in Einklang zu bringen oder die Organisationsleitung der Eisenbahner sollte an die Direktion sowie an die Regierung herantreten und dieselbe aufzufordern, zuerst Material, Werkzeug sowie vor allem billige Lebensmittel herbeizuschaffen, dann kann die Arbeitsleistung wieder gesteigert werden, aber nicht durch Gerüchteleien an den Arbeitern.

o. Der neue Direktor der Kunstgewerkschule. Der Berliner Maser und Lehrer an der Unterriechsanstalt des staatlichen Kunstgewerkschaftsmuseums, Prof. M. Weiß, hat einen Ruf als Direktor der badischen Kunstgewerkschule in Karlsruhe erhalten. Der Künstler ist von Geburt Badener.

o. Zur Mithingstellung. Zu der Nacht in Nr. 179 unserer Zeitung (vom 5. August). „Falsche Mithingungen bei einer Kaffeefirma“ teilt die Firma Emil Tengelmann folgendes mit: Es ist unabwehrlich, daß sie falsche Mithingungen hergestellt und das Volk in irgend einer Weise hintergangen habe. Wahr ist vielmehr, daß die Herstellung und der Vertrieb lediglich im Rahmen der Bestimmungen und Höchstpreise erfolgt sei. Von einer gegen die Firma eingeleiteten Untersuchung ist hier nichts bekannt.

o. Konzerte. Heute Dienstag finden im Stadtpark Musikaufführungen des Musikvereins Karlsruhe statt. — Morgen Mittwoch nachmittags Konzert des 1. Bad. Reichswehr-Regt. Nr. 27 (S. d. Anzeige).

o. Tod durch Sturz von der Treppe. In der Nacht zum Sonntag stürzte Architekt Emil Ritter, der Bruder des Kunstmalers Prof. Kaspar Ritter, von einer feineren Hausstiege so unglücklich, daß er bewußlos vom Platze getragen werden mußte. Am Sonntag nachmittags starb er im städtischen Krankenhaus.

Aus der Stadtratsitzung vom 28. August 1919.

o. Kostenverfassung. Da eine Besserung in der Kohlenlieferung für die nächste Zeit ausgeschlossen erscheint, muß auch weiterhin die Vorkehrung getroffen werden, daß den Haushaltungen nur zwei und drei Zentner im Monat geliefert werden. Anhalten, Boden und Haushaltungen, für die Höchstmengen festgesetzt sind können weiterhin ebenfalls nur mit der halben Monatsmenge beliefert werden.

o. Verkauf von Pferdefleisch. Aus der Abrechnung des Schlacht- und Viehhandels über den Verkauf von Pferdefleisch für den Monat Juli ergibt sich wiederum ein erheblicher Verlust für die Stadt (55 519 M.). Er ist auf die namhafte Steigerung der Ein-

